

## Die Turbo-Kapitalisten

von Fritz Weinegg,  
Krankenhausbeschäftigter

Eine Frau hatte den damaligen CDU-Generalsekretär Peter Tauber gefragt, wie viele Minijobs sie denn noch annehmen solle, um über die Runden zu kommen. Tauber: „Wenn Sie was Ordentliches gelernt haben, brauchen Sie keine drei Minijobs.“

Tauber ist keine Ausnahme. Auch Christian Linder (FDP), Markus Söder (CSU) und Jens Spahn (CDU) haben alle ähnliche Merkmale wie der amerikanische Erpel Donald: Erigiertes Kinn, aufgeblasene Haltung, höhnische Mimik. Sie sind die neue Generation der Turbokapitalisten. Sie sind so arrogant, dass sie ihre Menschenverachtung nicht mehr verstecken wollen, sondern in die Welt hinaus „zwitschern“.

Gesundheitsminister Jens Spahn hackt auf die Abgehängten der Gesellschaft ein, und verlangt die Rekrutierung von Pflegekräften im Ausland, während zeitgleich bereits integrierte und ausgebildete Migrant\*innen abgeschoben werden. Es geht ihm um billige und hörige Arbeitskräfte.

Mit Gockel Jens sitzt ein glühender Verehrer der Privatisierung im Ministerium. Wir können ihn verjagen. Aber Vorsicht – er ist eben nur der auffälligste Vertreter einer arroganten Generation in der Politiklandschaft. So wie er denken dort viele, und zwar parteiübergreifend.



## Gemeinsam kämpfen!

**Bund und Kommunen (TVöD). Charité, CFM, CPPZ. Vivantes, VSG, VTD. Studentische Beschäftigte (TVStud), Botanischer Garten:**  
**Durch Outsourcing werden wir gespalten.**  
**Für gute Löhne müssen wir uns vereinigen!**

von Fritz Weinegg,  
Krankenhausbeschäftigter

Zusammen wollen wir ein Zeichen setzen gegen Prekarisierung und Tariffucht. Gegen die Spaltung durch Outsourcing und sachgrundlose Befristungen! Für gleiches Geld für gleiche Arbeit!

Egal ob in kommunaler oder privater Hand: Die Gründung von Tochterunternehmen dient der Tariffucht und des Lohnumpings. Beschäftigte werden in Lohnkonkurrenz gezwungen, was dem Sinn und Zweck von Flächentarifverträgen widerspricht.

Diese Billiglöhne sind der Grund, warum viele Beschäftigte mit Sorge in die Zukunft schauen. Renten werden immer unsicherer, Mieten und Lebenshaltungskosten steigen. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst – und das in einer Zeit, in der alle großen Konzerne milliarden-

schwere Gewinne einfahren.

Das sind Gewinne, die sie nur auf unsere Kosten einfahren können. Mit unserem Lohnverzicht füllen wir die Taschen von Aktionär\*innen. Aber wir sind nicht auf dieser Welt, um Aktionär\*innen fett zu machen!

### Auf die Straße

Um sich zu schützen, haben unsere Gegner\*innen ein dichtes Netz der Separation gesponnen. Tarifkommissionen aus outgesourcten Betrieben dürfen nur mit der Geschäftsführung des Tochterunternehmens verhandeln – obwohl jede\*r weiß, dass der finanzielle Rahmen vom Mutterkonzern abgesteckt wird. Die Politik legt für die öffentlichen Unternehmen den finanzielle Rahmen fest, und dann verklappen sie uns mit dem Spruch: „Tarife sind Sache der Tarifparteien und nicht der Politik.“

Diesen Irrsinn, diese Lüge gilt es endlich zu erkennen

und zu durchbrechen!

Es braucht einen konsequenten, koordinierten Arbeitskampf aller Betroffenen, um wirkliche Verbesserungen für uns Lohnabhängige zu erzielen. Auch wenn die Forderungen und Ausgangspunkte in jedem Betrieb und bei jedem\*r persönlich andere sind: *Wir haben alle dieselben Ansprechpartner\*innen und scheitern bisher an denselben Hürden!*

Als Gewerkschafter\*innen haben wir die Pflicht, diese Kämpfe zu bündeln und zusammenzuführen. Gewerkschaftliche und betriebliche Grenzen dürfen für uns keine unüberwindbaren Barrieren mehr darstellen, denn unsere Gegner\*innen kennen untereinander keine solchen Grenzen. Sie sind besser vernetzt als wir. Es wird Zeit diesen Mangel auszugleichen.

Der Aktionstag am 4. Mai ist als öffentliche Kampfansage an alle Verantwortlichen unserer prekären Beschäftigungsverhältnisse gedacht. Und als Austausch unserer Erfahrungen im Arbeitsalltag, sowie zur Vernetzung für zukünftige Aktionen.

# Ein Krankenhaus = Eine Belegschaft

**Jedes öffentliche Unternehmen in Berlin hat eine Niedriglohn-Tochter. Die Beschäftigten wehren sich. Gleiches Geld für gleiche Arbeit!**



von Yunus Özgür,  
studentische Hilfskraft  
an der FU Berlin

**W**ichtige Arbeitskämpfe stehen in Berlin an.

Die Therapeut\*innen an der Charité sind outgesourct – ihre Tochterfirma heißt CPPZ GmbH. So verdienen sie 600 Euro pro Monat weniger als ihre Kolleg\*innen mit Tariflöhnen.

Das Servicepersonal bei Vivantes ist outgesourct – ihre Tochterfirma heißt VSG. Sie verdienen ebenfalls weit unter dem Niveau des Tarifvertrags öffentlicher Dienst (TVöD).

Seit über zehn Jahren existieren unzählige Tochterfirmen von Landesunternehmen, um Tarifverträge zu unterlaufen und Niedriglöhne zu zahlen. Aber immer mehr Kolleg\*innen wollen das nicht länger hinnehmen. An der CFM kam es gerade zu einer Lohnerhöhung – als Ergebnis eines langen Arbeitskampfes. Nun stehen bei CPPZ und VSG Arbeitskämpfe an..

Die Forderungen: Ein Krankenhaus ist ein Betrieb mit einer Belegschaft. Alle Kolleg\*innen müssen nach dem gleichen Tarifvertrag bezahlt werden. So kann man auch gegen Outsourcing vorgehen: Wenn Tariflöhne gezahlt werden, dann fällt auch die Existenzberechtigung für solche Tochterfirmen weg.

Eins ist klar: Wenn die Beschäftigten einen unnachgiebigen Kampf führen, dann ist am Ende immer genug Geld da, um Tariflöhne zu zahlen. Wichtige Erfolge gab es am

Technikmuseum – jetzt werden Tariflöhne auch für die Tochterfirma bezahlt – und am Botanischen Garten – alle Kolleg\*innen sind seit Anfang des Jahres wieder im Mutterkonzern eingegliedert.

Alle Parteien im Rot-Rot-Grünen Senat hatten im Wahlkampf versprochen, dass sie Outsourcing beenden würden. Jetzt sagen sie, das sei nicht in ihrer Verantwortung – auf die Geschäftsführungen der Landesunternehmen habe die Regierung angeblich keinen Einfluss. Und sowieso sei das in dieser Legislaturperiode – also bis 2022 – nicht machbar. Weshalb haben sie das denn

versprochen?

Erfolge bei den Krankenhäusern sind möglich – wenn wir hart genug dafür kämpfen. Der Apparat unserer Gewerkschaft tut sich immer schwer damit, diese Kämpfe zu verbinden. Deswegen müssen wir Arbeiter\*innen an der Basis uns selbst vernetzen und gemeinsame Kämpfe vorbereiten. Wir brauchen einen Kampfplan, um die Wiedereingliederung von allen zu erreichen!

*Unterstützt den Volkstent-scheid für mehr Personal im Krankenhaus!  
(Gesunde Krankenhäuser)*



## Gemeinsam gegen Verdrängung

von Lasse Reinboeng,  
Arbeiter an der FU

**S**eit 17 Jahren gab es keine Tarifsteigerung für studentische Hilfskräfte. 2003 wurde ihnen auch noch das Weihnachtsgeld ersatzlos gestrichen. Studierende befinden sich in einer Zwickmühle, denn zu ihren prekären Löhnen kommt ihre prekäre Wohnsituation. Die Berliner ASten schlugen sogar vor, Turnhallen oder ungenutzte Notunterkünfte als Schlafplätze zur Verfügung zu

stellen – so aussichtslos ist die Suche nach studentischem Wohnraum.

Für beides, Wohnungsnot und prekäre Arbeit, trägt der Berliner Senat die Verantwortung. Menschen werden trotz Rot-Rot-Grün (R2G) verdrängt. Mietwohnungen werden in Eigentum umgewandelt, Nachbarschaften zerstört. Freiräume für die Kunst verschwinden.

Mitten in der Diskussion um Mieten und Verdrängungen: Die East Side Gallery. Es ähnelt schon einer Machtde-

monstration, wie der Senat solche Orte trotz anderweitiger Erklärungen im Koalitionsvertrag bebauen lässt. Erst kürzlich wurden erneut Teile des Mauerdenkmals für einen Hotelbau versetzt. Die Künstler\*innen toben. Der Kampf um die East Side Gallery ist längst Symbol für eine gegen die Interessen der Bevölkerung gerichtete Stadtplanung geworden. 45.000 Menschen protestieren in einer Petition.

Jetzt droht R2G ein weiterer Denkmaltitel. Denn am 14. April 2018 findet eine

große Demonstration statt: „Gemeinsam gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn“. Studierende und prekär Beschäftigte sollten sich anschließen, denn faire Löhne und bezahlbarer Wohnraum gehören zusammen. Die Demo beginnt um 14 Uhr am Potsdamer Platz. Ab dem 4. April finden bereits Aktionstage statt. Über 170 Initiativen und Gruppen haben sich angeschlossen.

Mehr Informationen:  
[www.mietenwahnsinn.info](http://www.mietenwahnsinn.info)



# Gemeinsam gegen Entlassungen

**Krankenhausbeschäftigte in Argentinien kämpfen gegen Entlassungen. Sie organisieren sich mit Versammlungen.**

von Wlodek Flakin,  
Journalist

**A**m 17. Februar versammelten sich 1.000 Arbeiter\*innen auf dem Parkplatz vor einem öffentlichen Krankenhaus in Buenos Aires. Eine riesige Plane schützte sie vor der prallenden Sonne. Die Kolleg\*innen kamen aus dem ganzen Land angereist. Ihr Ziel: sich gemeinsam gegen Entlassungen wehren.

Im öffentlichen Posadas-Krankenhaus sollten über 150 Beschäftigte entlassen werden. Darunter waren Schwangere, Krebskranke,

und Krankenpfleger\*innen mit über 20 Jahren im Betrieb. 80 Prozent von ihnen sind prekär beschäftigt.

Aber die Kolleg\*innen nahmen das nicht hin. Sie besetzten Straßen und holten Solidarität von ihren Nachbar\*innen, die ebenfalls unter den Kürzungen im Gesundheitswesen leiden. Vor allem organisierten sie diese landesweite Versammlung, um alle Betroffenen von Entlassungen zu koordinieren. Es kamen Ölarbeiter\*innen aus dem Süden, und Zuckerarbeiter\*innen aus dem Norden, sowie solidarische Studierende.

Die Versammlung be-



schloss einen Kampfplan mit gemeinsamen Aktionstagen. Die Kolleginnen von Posadas liefen auch an der Spitze der riesigen Demonstration zum Frauentag am 8. März.

Die Arbeiter\*innenbewegung aus Argentinien zeigt, wie es laufen kann: Arbeiter\*innen organisieren ihre eigenen Versammlungen, um ihre Kämpfe zu koordinieren und die Spaltungen zwischen den Belegschaften zu überwinden. Wäre das nicht eine Idee für uns in Deutschland?

**Frankreich im Streik gegen Privatisierung der Eisenbahn**



von Dustin Hirschfeld,  
Programmierer

**I**n Frankreich gerät einiges in Bewegung. Präsident Emmanuel Macron hat angekündigt, die Arbeitsbedingungen beim staatlichen Bahnunternehmen SNCF zu verschlechtern. Konkret bedeutet das schlechteren Kündigungsschutz und eine spätere Rente für Eisenbahner\*innen, sowie eine Spaltung der Belegschaft durch eine schrittweise Privatisierung des Bahnverkehrs.

Doch die Beschäftigten der SNCF haben nicht vor, sich das gefallen zu lassen: Bereits am 22. März gab es einen großen Streiktag. Zeitgleich streikten auch andere Arbeiter\*innen in Solidarität gegen die Angriffe der Regierung. So zum Beispiel Kolleg\*innen in einer Autofabrik bei Mulhouse und die Reinger\*innen von ONET, einer Tochterfirma der SNCF.



Auch Studierende solidarisierten sich in vielen Städten. Sie kämpften zeitgleich gegen Macrons Bildungsreform. So gingen am 22. März bereits 400.000 Streikende und auf die Straße.

Doch das war nicht der Höhepunkt sondern erst die Aufwärm-Runde für eine neue Bewegung: Seit dem 3. April streiken die Bahnarbeiter\*innen jede Woche an zwei bis vier Tagen. Bei einigen ihrer Versammlungen wurde bereits die Forderung nach einem unbefristeten Streik laut.

# Müllarbeiter im Parlament

**Alejandro Vilca war Müllarbeiter – nun ist er Abgeordneter im Parlament. 80 Prozent seiner Diäten spendet er an Arbeitskämpfe.**

von Wlodek Flakin,  
Journalist

**Z**ehn Jahre lang arbeitete Alejandro Vilca als Müllarbeiter. In der Stadt Jujuy im armen Nordwesten von Argentinien ist das ein sehr harter Job.

Zusammen mit Kolleg\*innen gründete Vilca eine Koordinierung gegen Outsourcing. Diese Koordinierung organisierte eine Reihe von Streiks und konnte für alle die Wiedereingliederung erreichen. Sie erkämpften unbefristete Verträge und weitere Befristungen. Nach und nach wurde Vilca in der ganzen Stadt als kämpferischer Kollege bekannt.

Letztes Jahr trat Vilca als Spitzenkandidat für die „Front

der Linken und Arbeiter\*innen“ bei den Wahlen an. Seine Kampagne hieß: Arbeiter\*innen ins Parlament! Diese Front bekam 18 Prozent der Stimmen. Nun stellt sie vier Abgeordnete im Parlament der Stadt Jujuy. Sonst sitzen im Parlament nur Bonzen.

Parlamentsabgeordnete in der Provinz Jujuy bekommen Diäten von mindestens 4.000

Euro im Monat – sehr viel Geld in dieser armen Stadt. Aber davon behält Vilca nur den Betrag, den er früher als Müllarbeiter verdiente, nämlich 800 Euro. Die restlichen 80 Prozent seiner Diäten spendet er an einen Soli-Fonds für Arbeitskämpfe. Und bei jedem Streik steht dieser Abgeordnete der Arbeiter\*innen in der ersten Reihe.

Genau wie er sollten wir nicht auf reiche Politiker\*innen hoffen – wir sollten selbst Politik machen.



**Vom Müllwagen ins Parlament – Interview mit Alejandro Vilca >>> auf Klasse Gegen Klasse**

# Öffentliche Daseinsvorsorge unter Kontrolle der Kolleg\*innen



von Aimo Tügel,  
U-Bahn-Fahrer

Über „Die katastrophale Krise bei der Berliner U-Bahn“ schrieben vor kurzem einige Zeitungen. Die U-Bahn ist so zusammengespart worden, dass die Folgen immer weniger durch schicke Imagekampagnen kaschiert werden können. Grund sind die kapitalistischen Vorgaben der Politik, die Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge entweder ganz privatisiert oder nach marktwirtschaftlichen Prinzipien organisiert. Die Folgen: Sparorgien, niedrige Löhne, Tarifflicht, Outsourcing, Erhöhung der Arbeitsbelastung über die Grenze des Machbaren hinaus, Personalknappheit und Mangelwirtschaft.

## Ihr Walzer

Von BVG und Bahn AG, über Vivantes und Charité bis hin zur Feuerwehr und den vielen anderen Betrieben für öffentlichen Aufgaben: Auf dem gebeugten Rücken der Beschäftigten tanzen die gutbezahlten Manager\*innen und Politiker\*innen ihren kapitalistischen Walzer. So heftig, dass inzwischen zum Glück erste lautstarke Töne des Widerstands aufkommen.

So gab es die Bahnstreiks, bedeutende Kämpfe gegen Ausgliederung und Tarifflicht wie bei Botanischem Garten, Technikmuseum und den Krankenhaustöchtern VSG und CFM. Wir sehen den Pro-



test der Feuerwehrleute und den endlich zum Flächenbrand werdenden Kampf der Pflegekräfte.

Wir Arbeiter\*innen der öffentlichen Daseinsvorsorge beginnen immer mehr, uns zu bewegen. Ein wichtiger Erfolg! Die auf unseren Rücken herumtrampelnden Damen und Herren sehen sich zunehmend dazu gezwungen, hier und da Dinge abzufedern.

Im Krankenhausbereich ist mit der Kritik am „Fallpauschalen“-System schon eine tiefergehende Diskussion um Finanzierung und Organisation der Daseinsvorsorge begonnen worden. Da liegt der Hase im Pfeffer! Wie sollen die grundlegenden öffentlichen Leistungen organisiert und finanziert werden?

## Verstaatlichen

Die Antwort liegt eigentlich auf der Hand: Öffentliche Leistungen müssen vollständig aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Statt Klassenmedizin: Auflösung der Versicherungskonzerne und Ausfinanzierung eines Gesundheitssystems der Gleichberechtigung. Statt Verkehrschaos und Preiserhöhun-

gen: ein soziales, entgeltloses öffentliches Mobilitätssystem.

Alle Unternehmen der Daseinsvorsorge gehören verstaatlicht und verwaltet durch demokratische Gremien aus den Expert\*innen des Bereichs – aus uns Arbeiter\*innen! Ansätze für diese Gremien sind schon vorhanden: in den Personal- und Betriebsräten – sparen wir uns die über- teuerten „nach-mir-die-Sint- flut“-Manager\*innen.

## Selbstverwaltung

Und wenn man den politischen Willen hätte, ließe sich das natürlich finanzieren. So könnte man den Nahverkehr durch eine Steuer für größere Unternehmen bezahlen. Wobei sich hier eine weitere Frage anschließt, nach der allgemeinen demokratischen Arbeiter\*innen-Selbstverwaltung:

Warum sollen eigentlich die großen produktiven Wirtschaftsunternehmen überhaupt für die überquellenden Taschen weniger superreicher Eigentümer\*innen sorgen, wenn eine superreiche Eigentümerin namens demokratische Allgemeinheit doch viel besser mit dem Reichtum umgehen könnte...?

## 8. März: Die Welt bebte



von Lilly Freytag,  
HTW-Mitarbeiterin

Am 8. März brachten Frauen die Welt zum Beben: 5,9 Millionen Menschen im Spanischen Staat traten in den Streik. Das sind fast 15 Prozent der Bevölkerung! Nicht nur dort gingen die Menschen auf die Straße: Proteste gab es in 150 Ländern.

Im Mittelpunkt des diesjährigen Frauentags standen die Arbeiterinnen. Auch in Berlin beteiligten sich studentische Beschäftigte und Krankenhauskolleginnen an der Demonstration. Das ist kein Wunder: Gerade die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Arbeiterinnen wurden in den letzten Jahren massiv angegriffen.



Die Regierungen auf der ganzen Welt kürzen im Bereich der Alten-, Kinder-, und Krankenpflege. So treiben sie Frauen dazu, diese Arbeiten unbezahlt zu übernehmen. Sie tun alles dafür, dass wir Arbeiterinnen – und unsere männlichen Kollegen – die Krise bezahlen müssen.

Am 8. März ist der Unmut darüber laut geworden. Frauen sind auch nicht mehr bereit, Ungerechtigkeiten wie Abtreibungsverbote oder sexualisierte Gewalt hinzunehmen. So gingen zum Beispiel in Argentinien 300.000 Menschen auf die Straße. In der ersten Reihe: Krankenhaus-Arbeiterinnen, die gegen Entlassungen kämpfen und gleichzeitig für das Recht auf Abtreibung eintreten.

**KLASSEGEGENKLASSE.org**

tägliche Nachrichten der revolutionären Linken